



WIRTSCHAFTSPOLITISCHER KOMMENTAR 18/9/2015

Wachstum als gesamtgesellschaftliches Ziel

von NORBERT F. TOFALL

- Makroökonomische Planungen ohne mikroökonomische Fundierung führen in die Krise. Die allseits beklagte Investitionslücke und die Wachstumsschwäche zeigen, daß dies zur Zeit der Fall ist.
- Der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, lehnte Wirtschaftswachstum als wirtschaftspolitisches Ziel ab.
- Wohlstand für alle wird nicht durch die Stabilitäts- und Wachstumspolitik der Regierungen und Zentralbanken ermöglicht, sondern durch den Schutz der individuellen Freiheit und der Abwesenheit von finanzieller Repression.

Die verzweifelten Versuche von Regierungen und Zentralbanken, Wachstum zu schaffen, könnten zur Japanisierung der wichtigsten Player der Weltwirtschaft führen. Statt nachhaltiges und solides Wachstum dürften weltweite Stagnation oder bestenfalls nur sehr geringe Wachstumsraten die Folge der Wachstumspolitik sein. Die sich steigernde finanzielle Repression wird diesen Trend verstärken und verstetigen.

Mit finanzieller Repression bezeichneten bereits 1973 die Ökonomen Edward Shaw und Ronald McKinnon staatliche Maßnahmen der Finanz- und Kapitalmarktregulierung, welche finanzielle Mittel aus dem Privatbereich zum Staat umverteilen. Diese Umverteilung erfolgt heute jedoch nicht über Steuern und Abgaben, sondern über geldpolitische Maßnahmen der staatlich erzwungenen Niedrig- und Negativzinsen, der quantitativen Lockerung und des Ankaufs von

Staatsanleihen durch die Zentralbanken. Es handelt sich um eine Form der verdeckten Umverteilung, die sich in einem schleichenden Sparverlust niederschlägt.

Um finanzielle Repression durchzusetzen, bedarf es einer fortschreitenden monetären Planwirtschaft, um Ausweichhandlungen der Bürger zu verhindern. Die Zentralbanken und Regierungen sehen die Wirksamkeit ihrer geldpolitischen Maßnahmen zur Wachstumsförderung durch Ausweichhandlungen der Bürger gefährdet. Nach Lawrence Summers und Kenneth Rogoff sollen die Bürger durch Maßnahmen der Niedrig- und Negativzinsen zu einer erhöhten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und die Banken zu einer höheren Kreditvergabe gezwungen werden, um das Wachstum zu befördern. Unabhängig von der rechtlichen Fragwürdigkeit, die Bürger zu mehr Nachfrage zwin-



gen zu wollen, damit das Wirtschaftswachstum gesteigert wird, sind diese makroökonomischen Planungen bereits wegen ihrer fehlenden mikroökonomischen Fundierung zum Scheitern verurteilt.

Denn mikroökonomisch ist es beispielsweise möglich und rational, dass ein Bürger mit einer bestimmten Präferenz für seine Altersvorsorge aufgrund der Niedrig- oder sogar Negativzinsen seine Nachfrage weiter einschränkt, um das von ihm angestrebte oder zur Existenz einfach notwendige Altersvorsorgeniveau durch Sparen zu erreichen. Und mikroökonomisch ist es rational und sogar gesetzlich geboten, dass Unternehmen aufgrund der Niedrig- oder sogar Negativzinsen ihre Pensionsrückstellungen erhöhen müssen. Damit führt die makroökonomische Planung von mehr Nachfrage und Wachstum durch zentralgeplante Niedrig- und Negativzinsen aufgrund der fehlenden mikroökonomischen Fundierung zum Gegenteil des zentral Geplanten. Die allseits beklagte Investitionslücke und Wachstumsschwäche zeigen, daß dies zur Zeit der Fall ist.

Aber anstatt aufgrund dieser Ergebnisse zu hinterfragen, ob Wirtschaftswachstum überhaupt ein gesamtgesellschaftliches Ziel sein sollte, fordern sowohl die französische als auch die italienische Regierung, daß sich möglichst bald eine europäische Wirtschaftsregierung gesamt-europäisch um die Förderung des Wachstums kümmern müsse.

Roland Tichy, der Vorsitzende der Ludwig Erhard Stiftung, wies hingegen in der letzten Woche als einsamer Rufer in der Wüste darauf hin, daß der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, Wirtschaftswachstum als gesamtgesellschaftliches Ziel ablehnte. Jeder einzelne Mensch hätte frei zu entscheiden, ob er mehr arbeiten wolle oder weniger und ob er

mehr konsumieren wolle oder weniger usw. Erhard sei es um die individuelle Freiheit gegangen. Wirtschaftshistorisch ist nun interessant, daß der Verzicht auf Wirtschaftswachstum als gesamtgesellschaftliches Ziel und der Schutz der individuellen Freiheit zu mehr Wachstum und zum deutschen Wirtschaftswunder geführt haben, während das 1967 verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ Deutschland in die Stagflation und die tiefe ökonomische Krise führte.

Die ökonomische Erklärung für dieses wirtschaftshistorische Phänomen liegt darin, daß das individuelle Nutzenmaximierungsparadigma allein schon aus Gründen der begrenzten Erkenntnisfähigkeit und Wissensaggregation nicht auf die Gesamtgesellschaft übertragen werden kann. Zudem werden die Strukturbedingungen der modernen Gesellschaft ignoriert, so als befänden wir uns auch heute noch im Zustand der Stammesgesellschaft. Der Sozialphilosoph und Ökonom Friedrich August von Hayek hat neben Karl Popper darauf hingewiesen, daß Stammesgesellschaften ihre Mitglieder auf gemeinsame spezifische Ziele verpflichten und deshalb zielverknüpft sind. Moderne offene Gesellschaften sind hingegen mittelverknüpft. Erst durch den Verzicht auf vorgegebene gemeinsame spezifische Ziele kann eine offene Gesellschaft freier Menschen entstehen, in der die verschiedenen Mitglieder von den Tätigkeiten aller anderen nicht nur trotz, sondern oft sogar auf Grund der Verschiedenheit ihrer jeweiligen Ziele profitieren.

„Deshalb können Begriffe wie Gemeinwohl oder öffentliches Interesse in einer freien Gesellschaft nie als Summe bestimmter anzustrebender Ziele definiert werden, sondern nur als abstrakte Ordnung, die als Ganzes nicht an irgendwelchen konkreten Zielen orientiert ist... Die



große Bedeutung der spontanen Ordnung oder Nomokratie liegt darin, daß sie eine friedliche Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen der Menschen über den kleinen Kreis derjenigen hinaus ermöglicht, die dieselben konkreten Ziele verfolgen“, schreibt Hayek. Ökonomisch folgt daraus, daß auf gesamtgesellschaftlicher Ebene vom Nutzenmaximierungsparadigma zum Koordinierungsparadigma übergegangen werden muß. Wirtschaftswachstum als gesamtgesellschaftliches Ziel ist dem Nutzenmaximierungsparadigma zuzuordnen, der Schutz der individuellen Freiheit, den Ludwig Erhard im Fokus hatte, dem Koordinierungsparadigma im Sinne von Schutz von individuellen Rechten und der Ermöglichung von dezentraler direkter und indirekter Kooperation von Individuen.

Auf diesem Hintergrund sind die Forderungen nach Förderung des Wirtschaftswachstums und einer Wirtschaftsregierung alles andere als modern, im Gegenteil: Diese Forderungen entstammen dem Affekthaushalt der Stammesgesellschaft und sind prämodern, auch wenn sie in einem progressiv klingenden, modernen Wortgewand daherkommen. Es sollte uns deshalb nicht wundern, daß derartig vormoderne Forderungen auch nur zu vormodernen ökonomischen Ergebnissen führen. Wohlstand für alle wird nicht durch die Stabilitäts- und Wachstumspolitik der Regierungen und Zentralbanken ermöglicht, sondern durch den Schutz der individuellen Freiheit und der Abwesenheit von finanzieller Repression.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2015 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 18. September 2015